

Kai Ambos

Drogenhandel in Kolumbien¹

1 Das Drogenproblem

Trotz der in den letzten Jahren verstärkten Bekämpfung der kolumbianischen «Drogenkartelle» gilt das Land noch immer als der zentrale Vertriebsplatz des internationalen Kokainhandels (vgl. Abb. 1). Kolumbien lieferte 1993 etwa 600 der insgesamt 1 000 Tonnen Kokain, die weltweit produziert wurden, davon gingen 470 Tonnen in die USA und 130 Tonnen nach Europa (US Department of State 1990: 25; UNDCP 1994: 14).² Die zur Kokainherstellung notwendigen Kokablätter kommen vornehmlich aus Peru (Anbaufläche 1994: 109 000 Hektar) und Bolivien (49 000 Hektar); die eigene Nettoanbaufläche³ beträgt «nur» ca. 45 000 Hektar. Der Kokaanbau spielt demnach eine untergeordnete Rolle, insbesondere wegen der geringeren Qualität der kolumbianischen Kokablätter. Gleichwohl haben Kokaanbau und -produktion seit den achtziger Jahren kontinuierlich zugenommen.⁴ Die nur schwer zugänglichen Anbauggebiete befinden sich in den *departamentos* Cauca, Nariño, Huila, Putumayo, Caquetá, Amazonas, Vaupés, Guainia, Vichada, Casanare, Arauca, Boyacá (vgl. Abb. 2), während Verarbeitung und Vertrieb auch in den *departamentos* stattfinden, wo die Haupthandelsorganisationen («Kartelle») ihren Sitz haben, d. h. in Antioquia (Hauptstadt Medellín), Valle (Cali), Cundinamarca

¹ Ich danke Ciro Krauthausen für die kritische Kommentierung dieses Beitrags.

² Nach dem Bundeskriminalamt (1992: 60, 62) lieferte Kolumbien etwa 1991 49,9 % (6 785 kg) des in Europa und 57,2 % (551 kg) des in der Bundesrepublik sichergestellten Kokains. Zum Vergleich: Von den restlichen 50,1 % des europäischen Marktes stammten 4,1 % aus Bolivien.

³ Die Nettoanbaufläche ist — im Gegensatz zur Bruttoanbaufläche — die Fläche, bei der der zerstörte oder substituierte Anbau schon in Abzug gebracht wurde. Natürlich können all diese Zahlen nur mit äußerster Vorsicht verwendet werden. Es handelt sich um Schätzungen, die zudem wegen der darin enthaltenen Ausgangszahlen und Koeffizienten je nach Quelle stark voneinander abweichen. Der besseren Vergleichbarkeit wegen stammen alle hier verwandten Zahlen — wenn nicht anders angegeben — vom *US-Department of State (International Narcotics Control Strategy Report, zuletzt 1996)*. Zur Problematik und zu anderen Angaben auch Ambos (1993: 13 ff., 35 ff., 78 ff., 105 ff.). UNDCP (1994: 9) gibt eine Anbaufläche von 50 000-60 000 Hektar an.

⁴ Zunahme netto von 34 230 Hektar (1988) auf 37 100 (1992) bzw. 45 000 (1994), was einer Produktion von 35 800 metrischen Tonnen (1994) entspricht (US-Department of State-BINM 1991 und 1995: 19-20).

(Bogotá) und Meta. Neben der Verarbeitung zu Rohkokain für den ausländischen Markt wird der sogenannte *basuco* (rohe Kokapaste) und die Kokainbase für den inländischen Markt hergestellt.

Daneben hat sich Kolumbien in jüngster Zeit auch zu einem wichtigen Heroinproduzenten entwickelt, nachdem 1991 erstmals Schlafmohnanbau entdeckt wurde und dieser, trotz nachhaltiger Zerstörungsbemühungen, bis auf 20 000 Hektar Ende 1994 angewachsen ist. Anbauggebiete sind hauptsächlich die *departamentos* Huila, Tolima, Cauca; weniger bedeutend sind Nariño, Boyacá und einige Provinzen der Kordilleren. Inzwischen soll Kolumbien 10 % der weltweiten Heroinmenge produzieren (UNDCP 1994: 9-10).

Schließlich ist auch die Marihuanaproduktion wieder im Anwachsen begriffen.⁵ Nach ihrem fast vollkommenen Verschwinden Ende der achtziger Jahre beträgt sie inzwischen wieder 4 200 Hektar.

Aus der ersten umfassenden nationalen Studie (Torres / Murelle 1987) ergibt sich, daß «legale Drogen» wie Alkohol, Zigaretten und Beruhigungsmittel über 90 % des einmaligen Konsums ausmachen, während bei den «illegalen Drogen» Marihuana (1,08 %) vor *basuco* (0,64 %) und Kokain HCL (0,25 %) liegt, wobei — mit Ausnahme von Beruhigungsmitteln — Männer erheblich mehr konsumieren als Frauen. Zwei 1993 veröffentlichte Studien bestätigen diese Tendenz (UNDCP 1994: 12-13; *El Mundo*, 25. Juli 1993). Danach haben 5,9 % der Bevölkerung wenigstens einmal «illegale Drogen» konsumiert, wobei Marihuana (5,3 %) vor *basuco* und Kokain HCL (beide 1,5 %) sowie Heroin (0,05 %) liegt.⁶

Angesichts der Tatsache, daß es sich nur um «einmaligen» Konsum handelt, erscheint «illegaler» Konsum nicht als vorrangiges Problem, wobei jedoch von staatlicher und nichtstaatlicher Seite immer wieder auf die Zunahme des Konsums, insbesondere von *basuco*, hingewiesen wird (Ambos 1993: 32 ff.).

2 Folgen

2.1 «Kartelle» und «Drogenkrieg»

Drogenorganisationen beruhen nicht auf formalisierten Rechtsbeziehungen, sondern auf familiären bzw. freundschaftlichen Bindungen, was gerade ihre relative Ge-

⁵ Kolumbien erlebte in den siebziger Jahren einen wahren Marihuanaboom (*bonanza marimbera*) und war 1977 mit 52 % der von der USA importierten Gesamtproduktion Hauptmarihuanaanbieter vor Mexiko (37 %), den USA selbst (8 %) und Jamaika (3 %) (Ambos 1993: 35-36).

⁶ Männer (11,4 %) konsumieren mehr als Frauen (1,9 %); die 12-44jährigen und die im *departamento* Antioquia Lebenden am meisten (UNDCP 1994: 12-13).

schlossenheit und Stärke ausmacht. Das Verhältnis der Organisationen zu Staat und Gesellschaft wird nicht von formalen rechtlichen Normen bestimmt, sondern es existiert eine komplexe, auf außerrechtlichen Mechanismen beruhende Interdependenz zwischen Drogenhandel einerseits und Staat / Gesellschaft andererseits. Nach Auskunft eines ehemaligen Drogenhändlers, der für seine guten Kontakte zum «Medellín-Kartell» bekannt ist, existieren Kartelle «im Sinne einer Organisation nicht», sondern beruhen «eher unorganisiert [...] auf Freundschaft oder persönlicher Beziehung». Ähnliches stellt Arango fest:

Die Schmuggelunternehmer Antioquias haben eine geringe Neigung zur Organisation der merkantilen Aktivitäten des Drogenhandels, soweit es um die Hierarchisierung [...] und um die Aufteilung der Liefer- und Konsumentenmärkte geht. Dies unterscheidet sie von der sizilianischen und nordamerikanischen Mafia italienischen Ursprungs, deshalb kann man strenggenommen nicht von einer kolumbianischen Mafia und noch weniger von einem Kokainkartell sprechen (Arango 1988: 118).

Schon aus Sicherheitsgründen erscheint es wahrscheinlicher, daß der illegale Markt aus zahlreichen kleinen Unternehmen statt aus wenigen großen, leichter zu zerschlagenden «Kartellen» besteht. Diese Unternehmen erfüllen streng abgegrenzte Aufgaben im Koka-Kokain-Prozeß und sind durch zahlreiche Vermittler untereinander verbunden. In diesem Sinne wurde auch von der DEA festgestellt, daß innerhalb der «Kartelle» einzelne Gruppen existieren, die für die einzelnen Handelsphasen — vom Kokaankauf bis zur Kokainverteilung — zuständig sind, wobei zwischen diesen Gruppen ein personeller Austausch stattfinden kann. Entscheidendes Strukturelement der Marktorganisation ist deshalb eher «Kooperation» als «Hierarchie» (Krauthausen / Sarmiento 1991: 30, 51-52, 214; Uprimny 1994).

Über die interne Organisationsstruktur existieren nur einige vage Vorstellungen, die zudem sehr umstritten sind. Der kolumbianische Soziologe Camacho Guizado (1991: 68) etwa verweist auf «die Bereicherungsabsicht als Hauptziel, das Geheimnis, die Willkür, den Mangel an Skrupeln, die nicht in Frage zu stellende Hierarchie, den blinden Gehorsam, die äußerste Verteidigung des Privateigentums, die Waffen als Mittel von Recht, Gesetz und Freiheit». Demgegenüber stellen etwa Betancourt / García, eher Krauthausen folgend, fest:

Die Tatsache, daß die kolumbianische Mafia nicht hierarchisch und zentralistisch operiert, hat zur Folge, daß sie sich mit einem Netz von lokalen Vertretern [...] begnügt, die in einer Gemeinde, Stadt oder Region zusammengeschlossen sind und die mit Hilfe von Vetternwirtschaft, Hilfeleistungen und Stiftungen [...] Popularität und eine soziale Basis erreichten (zitiert nach Uprimny 1994: 24).

Heute, nach der Zerschlagung des «Medellín-Kartells», wird denn auch von offizieller Seite davon ausgegangen, daß, so der (ehemalige) kolumbianische Vize-Generalstaatsanwalt Francisco Sintura, «die Kartelle als solche nicht länger existieren» (in: *Narcotráfico al día* 48 [April 1994], S. 5). Man kann vielmehr von zahlreichen kleinen Gruppen oder Familien sprechen, die den Handel — mehr oder weniger unabhängig vom «Cali-Kartell» — organisieren. So soll es etwa in Cali 60 (!), in anderen Regionen eine geringere Anzahl von Organisationen geben (so der ehemalige Generalstaatsanwalt Gustavo de Greiff, in: *Tageszeitung*, 1. Juni 1994, S. 9).

Trotz dieser neuen Entwicklungen bleibt eine Analyse der Unterschiede zwischen den (ehemaligen) «Kartellen» von Medellín und Cali zum besseren Verständnis der Drogenpolitik von Bedeutung. Die — inzwischen zerschlagene — Führungsstruktur des «Medellín-Kartells» — personifiziert in Pablo Escobar Gaviria, den Ochoas, Gonzalo Rodríguez Gacha — setzte sich aus der kleinkriminellen Unter- bzw. Mittelschicht zusammen, während die des «Cali-Kartells» — Rodríguez Orejuela, Santacruz Londoño — seit jeher als «unbescholtene» Bürger mit hervorragenden Beziehungen zur traditionellen Bourgeoisie galten. Escobar, 1951 als Sohn eines Landwirts in Rio Negro, einem Dorf 40 km entfernt von Medellín, geboren, begann als kleiner Autodieb; Jorge Luis Ochoa, Sohn des vermögenden Pferdeliebhabs Fabio Ochoa R., handelte mit Gebrauchtwagen; Gacha, geboren 1947 in Pacho (Cundinamarca), begann schon früh als «Berufskiller». Cali-Führer Gilberto Rodríguez Orejuela hingegen, wegen seiner umsichtigen Vorgehensweise der «Schachspieler» genannt, geboren 1939, wurde als Unternehmer bekannt und baute die Apothekenkette *Drogas la Rebaja* mit 240 Filialen auf, hielt Aktien des *Banco de los Trabajadores*, und die Familie besaß den Radiosender *Grupo Radial Colombiano*. Eine Studie von 1988 bestätigt die genannten Unterschiede. Danach haben 70 % der Drogenhändler von Antioquia (Hauptstadt Medellín) bäuerlichen Hintergrund, 30 % kamen aus der städtischen Unterschicht, 55 % hatten nur Volksschulbildung, 35 % mittlere Reife, 10 % einen Universitätsabschluß.

Dementsprechend verfolgten die «Kartelle» verschiedene Strategien politischer und sozialer Legitimation: Cali versuchte sich in die traditionelle Bourgeoisie zu integrieren, während Medellín politische Teilhabe in Form der Bewegung des «neuen Liberalismus» (mit Pablo Escobar als Ersatzabgeordneten) und territoriale Integration durch verstärkten Landerwerb zu erreichen suchte (sogenannte *contrareforma agraria*). Die soziale Herkunft der führenden Mitglieder erklärt das «offene Modell» (Camacho G.) im Falle Medellín mit leichteren Eintrittsmöglichkeiten und mehr Konkurrenz im Gegensatz zu einem «geschlossenen Modell» im Falle Calis mit stärkerer Monopolisierung und vertikaler Kontrolle und Integration. Daraus ergaben

sich unterschiedliche Strategien zur Interessendurchsetzung gegenüber Staat und Gesellschaft: Medellín ging traditionell mit hemmungsloser Gewalt zur Verwirklichung seiner Geschäfte vor und bediente sich dabei paramilitärischer Gruppen, deren aktivste die *extraditables* («Auslieferbaren») waren, während Cali diskretere Mittel — die Infiltration der staatlichen Behörden und Investitionen in die legale Wirtschaft — einsetzte. Dabei wurden insbesondere die guten Beziehungen zur städtischen Polizei ausgenutzt. Im Krieg gegen Medellín, den Cali mit der Übergabe der Führer des «Medellín Kartells» praktisch gewonnen hat, wurde das «Cali-Kartell» in enger Zusammenarbeit mit der Polizei zum Beschützer der Stadt gegen die Terroranschläge Medellín. Der Sicherheitsdienst des Kartells durchsuchte die billigen Mittelklassehotels Calis nach vermeintlichen Killern aus Medellín und führte Straßenkontrollen durch. Lange Zeit erhielt das «Kartell» speziellen Polizeischutz. Die Zusammenarbeit mit den staatlichen Sicherheitsorganen soll sogar soweit gegangen sein, daß der von der Regierung Barco im August 1989 erklärte Drogenkrieg sich nur gegen Medellín richtete, da die staatlichen Protagonisten des Krieges — der damalige Chef der Ermittlungspolizei DIJIN, Oberst Óscar Peláez Carmona, und der Direktor des Geheimdienstes DAS, General Miguel Mazá Marquez — als Freunde Calis galten, was allerdings niemals offiziell bewiesen werden konnte.

Mit der Ermordung des kolumbianischen Justizministers Rodrigo Lara Bonilla am 30. April 1984 durch das «Medellín-Kartell» begann der «Krieg» zwischen Cali und Medellín. Zu dem Krieg der «Kartelle» um Marktanteile⁷ kam der Krieg zwischen dem «Medellín-Kartell» und dem Staat, als der damalige Präsident Belisario Betancur noch am Sarg von Lara Bonilla die Auslieferung des Drogenhändlers Carlos Lehder an die USA ankündigte und damit den ersten «Drogenkrieg» einleitete. Seitdem wurde die Eliminierung von staatlichen Repräsentanten, die sich dem «Geschäft» entgegenstellten, zur ständigen Praxis des «Medellín-Kartells», und die Regierung reagierte mit neuerlichen «Kriegserklärungen» auf den *narcoterrorismo*. Den vorläufigen Schlußpunkt dieser Eskalation stellten die Morde an Carlos Valencia, Richter am oberen Gerichtshof in Bogotá, am 16. August 1989, Valdemar Franklin Quintero, Polizeichef in Antioquia, und Luis Carlos Galán, Senator und Präsidentschaftskandidat der Liberalen Partei, beide am 18. August des gleichen Jahres — innerhalb von 48 Stunden — dar.⁸ Daraufhin wurde von Präsident Barco (1986-1990)

⁷ Dieser «Krieg» weicht jedoch auf den Konsumentenmärkten nicht selten einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit. So diente der im Januar 1994 in New York festgenommene Kolumbianer Jesús Ruiz nicht nur als «Hauptverwalter» des Cali-Kartells, sondern sein Sozios «Don Francisco» war auch der Kontaktmann der Familie Ochoa des «Medellín-Kartells» (*Narcotráfico al día* 46 [Februar 1994], S. 3).

⁸ *American Watch* (1990: 40 ff.). Zwischen der Ermordung Lara Bonillas und der Galáns lagen unter anderem die Morde an Guillermo Cano (Direktor des *El Espectador*), Jaime Ramírez (Direktor der

der nächste «Drogenkrieg» erklärt, auch wegen der politischen Bestrebungen Medellíns. Umstritten bleibt bis heute, ob man dem «Kartell» auch die Morde an Bernardo Jaramillo, Präsidentschaftskandidat der UP, am 22. März 1990 und an Carlos Pizarro, Präsidentschaftskandidat der «AD/M-19», am 26. April 1990 zurechnen kann.⁹ Keiner dieser Morde, einschließlich des an Lara Bonilla, wurde jemals gerichtlich aufgeklärt, weshalb die Urheberchaft des «Medellín-Kartells» und damit die Legitimität der «Kriegserklärungen» von unabhängigen Quellen in Zweifel gezogen worden sind.¹⁰ Medellín reagierte auf die härtere Linie Barcos mit zahlreichen terroristischen Anschlägen, die auch zivile Opfer forderten.¹¹ Nach einem einseitigen Waffenstillstand des «Kartells» am 27. Juli 1990 (*Narcotráfico al día*, 4. August 1990, S. 4) — zur Ermöglichung des Regierungswechsels von Barco zu César Gaviria (1990-1994) und in Erwartung von Zugeständnissen der neuen Regierung¹² — setzten die *extraditables* den Kampf Ende August mit Entführungen zahlreicher Journalisten und anderer Personen des öffentlichen Lebens fort. Nachdem sich Escobar im Juni 1991 selbst gestellt hatte und die neue Verfassung ein Auslieferungsverbot vorsah, stellten sie jedoch ihre terroristischen Anschläge ein. Im Laufe der Verfolgung Escobars nach dessen Flucht aus seinem Gefängnis im Medelliner Stadtteil Envigado (Juli 1992) bis zu seinem Tod (Dezember 1993) wurde die militärische Struktur des «Medellín-Kartells» durch den zur Ergreifung Escobars gegründeten *Bloque de Búsqueda* (Suchblock) vollkommen zerschlagen. Neuere Anschläge, etwa auf den Fußballspieler Andrés Escobar im Juli 1994, und Ankündigungen in der Presse deuten jedoch auf eine Reorganisation des «Kartells» oder —

Antidrogenpolizei), Hernando Baquero Borda (Richter am obersten Gerichtshof), Jaime Pardo Leal (Präsident der *Unión Patriótica*), Carlos Mauro Hoyos (nationaler Generalstaatsanwalt) und Antonio Roldán (Gouverneur von Antioquia).

⁹ Dies ist fraglich, da Jaramillo, Pizarro und ihre Bewegungen (UP, M-19) aus nationalistischen Gründen stets gegen die Auslieferung von Kolumbianern an die USA waren und deshalb von den «Auslieferbaren» als «Freunde des Dialogs» betrachtet wurden (vgl. das «Communiqué» vom 27. April 1990 bei Orozco (1990: 52).

¹⁰ Vgl. z. B. Orozco (1990: 46), der als einer der wenigen diese Zweifel öffentlich artikuliert; insbesondere die mögliche Täterschaft von US-Behörden wird nur vertraulich geäußert.

¹¹ Beispielsweise am 2. September 1989 gegen die Zeitung *El Espectador*, am 27. November 1989 gegen eine Linienmaschine der Fluggesellschaft Avianca und am 6. Dezember 1989 gegen die Gebäude des dem Präsidenten unterstehenden Geheimdienstes DAS. Vgl. dazu das «Comuniqué» bei Orozco (1990: 47): «Wir erklären der Regierung, der industriellen und politischen Oligarchie, den Journalisten, [...], den Richtern, [...] und all jenen (anderen), die uns verfolgt und angegriffen haben, den totalen und absoluten Krieg».

¹² Das wichtigste Zugeständnis Gavirias war die Anti-Auslieferungsverordnung 2047 vom 5. September 1990.

genauer — gewalttätiger Gruppen in Medellín hin.¹³ Doch seit Frühjahr 1995 richtet sich die ganze Aufmerksamkeit der Drogenbekämpfung auf das «Cali-Kartell». Der wegen des *narcocasete*-Skandals unter Druck geratene Präsident Ernesto Samper hatte es bis Ende 1995 geschafft, die führenden Köpfe des Kartells, einschließlich Rodríguez Orejuela, festnehmen zu lassen.¹⁴ Die USA drängen auf ihre Auslieferung.

Die von oder zwischen den «Kartellen» ausgeübte «Drogengewalt» — oder besser die mit dem Drogenhandel zusammenhängende Gewalt — drückt sich auf drei verschiedene Arten aus (Camacho G. 1991: 66): als interne Gewalt der «Kartelle», polizeilich als *ajuste de cuentas* bezeichnet; als antistaatliche Gewalt in Form des erwähnten *narcoterrorismo* in selektiver (Attentate gegen Persönlichkeiten) oder willkürlicher Form (Terroranschläge, etwa Autobomben); und als anti-revolutionäre oder demokratische Gewalt in Form des Paramilitarismus gegen Guerilla und Volksbewegung. Ihre ursächliche Bedingung ist die Existenz eines illegalen Marktes, der Gewalt als Mittel der Konfliktlösung aufgrund fehlender staatlicher Schlichtungsinstanzen und erheblicher Profite erst möglich und zum Hauptproblem gemacht hat. Das Recht wird als Ordnungsfaktor durch Gewalt ersetzt. Da die kriminellen Organisationen sich zur Konfliktlösung nicht der staatlichen Instanzen bedienen können, gleichwohl jedoch zur Sicherung der Ordnung und der «Spielregeln» des illegalen Marktes bestimmter Mechanismen bedürfen, schaffen sie sich ihr eigenes «Gesetz», dessen *ultima ratio* die physische Eliminierung des «Regelverletzers» ist. Es handelt sich um ein «Gesetz», eine ungeschriebene, paralegale Ordnung, da ihr wirksamstes Sanktionsmittel, die Gewalt, in der Regel rational¹⁵ eingesetzt wird.

¹³ Schon vor dem Anschlag auf Andrés Escobar gab es Drohungen gegen Spieler der kolumbianischen Nationalmannschaft von einer Gruppe namens *Mucali* (*Muerte al cartel de Cali* — «Tod dem Cali-Kartell»). Diese Gruppe soll 160 Mitglieder umfassen; sie kündigte an, Pablo Escobar durch Anschläge auf (politische) Persönlichkeiten (unter anderem den Generalstaatsanwalt Gustavo de Greiff und den neuen Präsidenten Ernesto Samper) rächen zu wollen (*Cambio* 16 55, 27. Juni 1994, S. 14 ff.). Gleichwohl wurde von den Ermittlungsbehörden erklärt, daß es sich beim Anschlag auf Andrés Escobar um eine von den Drohungen *Mucalis* unabhängige Einzeltat gehandelt habe (*El Espectador*, 3. Juli 1994, S. 9 A). Im September 1995 kam es schließlich zu einem Anschlag auf Antonio Cancino, Rechtsanwalt von Präsident Samper, durch eine neue Gruppe namens *Movimiento por la Dignidad de Colombia*, die Sampers Rücktritt wegen des *narcocasete*-Skandals erzwingen wollte (*Informativo Andino*, Oktober 1995, S. 3). Andere spekulieren, daß abtrünnige Drogenhändler aus Cali hinter dem Anschlag stecken.

¹⁴ Vgl. *Narcotráfico al día* 59 (März 1995), S. 1; *Narcotráfico al día* 61 (Mai 1995), S. 1-2.; *Narcotráfico al día* 62 (Juni 1995), S. 1-2; *Narcotráfico al día* 63 (Juli 1995), S. 3; *Semana*, 13. Juni 1995, S. 38 ff.; *Semana*, 8. August 1995, S. 38 ff.

¹⁵ Man kann mit Krauthausen / Sarmiento (1991: 42) von einer «Rationalität des Terrors» sprechen, die sich auf zwei Arten zeigt. Zum einen dient die Gewalt der Sicherung des wirksamen Funktionierens des illegalen Marktes, indem «Regelverletzungen» — «Verrat» durch Zusammenarbeit mit den staatlichen

2.2 Drogenökonomie

Der Charakter der Drogenwirtschaft als «Schattenwirtschaft» (*underground economy, economía subterránea*)¹⁶ macht es unmöglich, ihren Einfluß auf die legale Wirtschaft genau zu messen. Gleichwohl sollen hier einige Schätzungen vorgelegt werden, um zumindest deutlich zu machen, daß sich der Drogenhandel in Kolumbien zu einem ernstzunehmenden Wirtschaftsfaktor entwickelt hat.

Neueren Untersuchungen zufolge beläuft sich der Reingewinn im Kokain- und Marihuanageschäft für 1990 auf 693 bis 2 856 Millionen US-Dollar und für 1991 auf 336 bis 3 360 Millionen US-Dollar. Insgesamt betrug der Reingewinn von 1981-1991 16 190 bis 44 296 Millionen US-Dollar (Untersuchungen von Gómez und Kalmanovitz, in: *Semana*, 13. April 1993, S. 34 ff.).¹⁷ Weiter ist der aufkommende Heroinhandel zu berücksichtigen, der schon 1991 zu Einnahmen in Höhe von ca. einer Milliarde US-Dollar (O'Bryne / Reina, in: *Semana*, 13. April 1993, S. 34 ff.) führte und in Zukunft leicht die Kokaineinnahmen übersteigen kann.

Auf die bekannten makroökonomischen Indikatoren bezogen liegen etwa folgende Schätzungen vor (vgl. zuletzt *Latin-America Regional Reports-Andean Group*, 29. Juni 1995, S. 1):

- Jährlich fließen 3,5 Milliarden US-Dollar aus drogenbezogenen Aktivitäten in das Land, was 4 % des BIP entspricht.
- Der prozentuale Anteil des Kokainhandels an den legalen Exporten bewegt sich zwischen 18 und 25 %, was mindestens 50 % des Hauptexportproduktes Kaffee entspricht.
- In allen wichtigen Wirtschaftsbereichen werden Arbeitsplätze geschaffen: Landwirtschaft (Koka-, Marihuana- und nun auch Schlafmohnanbau), Industrie (Verarbeitung zu Kokain), Handel (Lagerung, Verteilung, Transport) und

Behörden, fehlender Ernst beim «Geschäft» und (eventuell daraus folgend) Diebstahl oder (fahrlässiger) Verlust von «Ware» — sanktioniert werden, womit eine erhebliche Abschreckungswirkung erreicht wird. Zum anderen wird durch den «rationalen» Einsatz von Drohung und Gewalt — neben der Bestechung — die Passivität der Sicherheitskräfte und der Justiz und damit im Ergebnis Straflosigkeit (*impunidad*) erreicht.

¹⁶ «Die Schattenwirtschaft umfaßt alle privatwirtschaftlichen Tätigkeiten, «die zwar zur gesamtwirtschaftlichen Wertschöpfung beitragen, aber nicht in die Sozialproduktsberechnung eingehen, weil man sie entweder [...] nicht erfassen will oder [...] kann, da sie gegenüber dem Staat verheimlicht werden» (*Vahlens Großes Wirtschaftslexikon* 1987: 512-513).

¹⁷ Dabei ist insbesondere die Zunahme des Marihuanareingewinns von 35 (1986) über 165 (1988) auf 250 Millionen US-Dollar (1991) zu berücksichtigen (Kalmanovitz, in: *Semana*, 13. April 1993, S. 34 ff.).

Dienstleistungssektor (Schutz, Rechts- und Wirtschaftsberatung etc.). Insgesamt wird geschätzt, daß 250 000 Personen direkt beschäftigt sind, was 3 % der Erwerbsbevölkerung (7,5 Mio.) entspricht, und ca. eine weitere Million Menschen als Familienmitglieder oder sonst wirtschaftlich Abhängige vom Drogenhandel leben.

Auf regionaler Ebene zeigt sich der Einfluß des Drogengeldes unter anderem in einem wachsenden Dienstleistungssektor, höheren Löhnen und geringeren Arbeitslosenzahlen. So betrug etwa die Agrarproduktion in den Narcoregionen 1988 32,98 % der nationalen Produktion gegenüber 28,95 % im Jahre 1983. Die Agrarlöhne lagen höher als in anderen *departamentos*: z. B. in Magdalena um 5 %, Cesar 11 %, Caquetá 42 % (1985) [Gómez 1990: 73-74, Tab. 8; Gómez 1991: S. 290-291, Tab. 13]. Der Einfluß der Drogengelder erklärt zu einem guten Teil «die gute Konjunktur der Bauindustrie in einigen Städten», insbesondere in Medellín und Cali.¹⁸ Nach einer vorsichtigen Schätzung Giraldo (1990: 45) wurden 1988 123 Millionen US-Dollar von der Mafia in Wohnungen investiert, was 30 % der Investitionen in luxuriöse Wohnanlagen entspricht. In den wichtigen Drogenstädten lassen sich konkrete Auswirkungen des Drogenhandels auf die Arbeitslosenzahlen feststellen. Die Arbeitslosenquote Medellsins, die traditionell weit über der nationalen Arbeitslosenquote lag (z. B. 1979: 65 %), war 1987 erstmalig mit 12 % knapp unter der nationalen (12,3 %); aber seit dem im August 1989 neu ausgebrochenen «Drogenkrieg» wurden zahlreiche Arbeitskräfte des Kartells «freigesetzt», so daß die Arbeitslosigkeit 1990/91 erneut auf bis zu 14 % anstieg.¹⁹

2.3 Korruption und politische Einflußnahme

Die internationale Aufregung über den sogenannten *narcocasete*-Skandal, also die mögliche Teilfinanzierung der Wahlkampagne des amtierenden Präsidenten Samper durch das «Cali-Kartell», muß aus kolumbianischer Sicht erstaunen: Hat es doch der Drogenhandel über Jahrzehnte geschafft, die offizielle Politik, die Sicherheitskräfte und die Justiz zu infiltrieren, ohne daß dies jemals nennenswerte

¹⁸ Im Jahre 1988 wurden in Cali 1 144 892m², in Medellín 1 977 149m² gebaut. Steigerungsraten in Cali: 68,7 % (1984), 42,4 % (1986), 3,5 % (1988); Medellín: 25,7 % (1985), 15,6 % (1987), 3,7 % (1988). Nach Gómez (1990: 77-78, Tabelle 10, und 1991: 289-290, Tabelle 12), stieg der Anteil Medellsins an der nationalen Bautätigkeit von unter 10 % (1975) auf bis zu 23 % in den achtziger Jahren und fiel wiederum 1989/90 aufgrund der verstärkten Repression auf 16-17 % (Giraldo 1990: 38 und 45).

¹⁹ Gómez (1991: 288) gibt 12,5 % an. *El Tiempo* (Bogotá) vom 12. Oktober 1991 aufgrund Angaben des DANE 14 %.

Konsequenzen gehabt hätte. Einige Beispiele mögen dies belegen: Die Drogenorganisationen haben insbesondere die Wahlkampagnen von Kongreß-abgeordneten finanziert, um sie zur Zusammenarbeit zu bewegen, aber auch direkt Einfluß auf die Gesetzgebung genommen. So hat etwa Pablo Escobar, wie sich aus dem sogenannten *video soborno* (Bestechungsvideo) ergab, Mitglieder der Verfassunggebenden Versammlung bestechen wollen, um sich ihrer Stimme gegen den Auslieferungsartikel in der Verfassung von 1991 zu versichern.²⁰ Auch das «Cali-Kartell» nahm durch seine Anwälte auf die Vorschriften des Strafnachlasses bei freiwilliger Stellung der im November 1993 verabschiedeten Strafprozeßordnung erheblichen Einfluß (*Semana*, 2. November 1993, S. 38 ff.). Im erwähnten *narcocasete*-Skandal soll das Geld des «Kartells» den Wahlkampf des amtierenden Präsidenten begünstigt haben.²¹ Angesichts der Kosten der Kampagnen und der relativ geringen legalen Unterstützung der Parteien — eine Wahlkampfkostenerstattung existiert nicht — sowie der verfügbaren Menge Drogengeldes im Land ist dies wohl wahrscheinlich, da unvermeidlich. Die entscheidende Frage ist, ob Samper willentlich und wissentlich Geld entgegengenommen hat oder dies hinter seinem Rücken geschah. Nach den bisherigen Zeugenaussagen und anderen Beweisen scheint viel dafür zu sprechen, daß der Präsident von den Transaktionen Kenntnis hatte.²²

Ähnliche Vorwürfe hinsichtlich der Infiltration des Drogenhandels in der Exekutive gab es im übrigen auch schon früher. Carlos Lehder, an die USA ausgelieferter Drogenhändler aus Armenia, gab 1984 öffentlich bekannt, daß der

²⁰ Es ist jedoch zweifelhaft, ob die Bestechungsgelder angenommen wurden und, wenn ja, ob sie entscheidungserheblich waren, da eine überragende Mehrheit (51 zu 13) gegen die Auslieferung stimmte (vgl. *Narcotráfico al día*, 17. September 1991, S. 3; *El Espectador*, 12. Dezember 1991 und 12. Januar 1992, S. 7 A).

²¹ Aus von den Ermittlungsbehörden aufgezeichneten, als *narcocasete* veröffentlichten Telefongesprächen ergibt sich unter anderem, daß das Kartell als eine Art «Zentralbank» für das politische Establishment fungiert und Finanzhilfen gegen politische Zugeständnisse leistet. Im Zuge des Skandals mußte Verteidigungsminister Botero, Wahlkampfmanager des Präsidenten, zurücktreten. Derzeit laufen Ermittlungen gegen ihn, andere Vertraute Sampers und der Präsident selbst (*Semana*, 28. Juni 1994, S. 22 ff.; *Cambio 16*, 27. Juni 1994, S. 14 ff.; *Narcotráfico al día* 51 [Juli 1994], S. 4-5; *Lateinamerika Nachrichten* 241-242 [Juli/August 1994], S. 27 ff.; *Narcotráfico al día* 61 [Mai 1995], S. 1; *Semana*, 1. August 1995, S. 23 ff.; *Semana*, 8. August 1995, S. 38 ff.; *Semana*, 22. August 1995, S. 26 ff.; *Latin America Regional Reports-Andean Group*, 7. September 1995, S. 7).

²² Nach Aussage des Schatzmeisters der Präsidentschaftskampagne, Santiago Medina, zahlte das «Cali-Kartell» mindestens fünf Milliarden Pesos in die Wahlkampfkasse. Seine Aussage werden durch Urkunden und andere Zeugen bestätigt. So äußerte sich Guillermo Pallomari, Schatzmeister des «Kartells», der sich in den USA der DEA gestellt hat, in ähnlicher Form. Samper bestreitet, Kenntnis gehabt zu haben, und wurde inzwischen vom Kongreß entlastet (*El Tiempo*, 24. 5. 1996; *Informativo Andino* 114 [Juli 1996], S. 4-5).

damalige Präsident Betancur «mehr als 110 000 Pesos [...] für seine Präsidentschaftskampagne von 1982» erhalten habe, «obwohl er wußte, daß dieses Geld aus dem Drogenhandel stammte» (zitiert nach Comisión Andina de Juristas 1988: 39). Im Juni 1989 überreichte Miguel Mazá Marquéz, damals Direktor des Geheimdienstes DAS, der Regierung die sogenannten «Papiere von Wanumen», wonach die Drogenmafia Informanten in allen wichtigen Bereichen der Exekutive besaß und diese ihr vertrauliche Unterlagen aus dem Justiz-, Außen- und Regierungsministerium sowie vom «Nationalen Drogenrat» (*Consejo Nacional de Estupefacientes* — CNE) und der Generalstaatsanwaltschaft zugespielt haben (Comisión Andina de Juristas / Comisión Internacional de Juristas 1990: 97).

In Medellín ist es stadtbekannte Praxis, daß die Polizei von den auf dem Marktplatz tätigen Klein- und Zwischenhändlern «Steuern» kassiert und sie dafür in Ruhe ihrem Geschäft nachgehen läßt. Andererseits verkauften ehemalige Polizeibeamten dem «Medellín-Kartell» persönliche Daten von noch im Dienst befindlichen Polizeibeamten, die damit leichte Opfer von Mordanschlägen wurden (Bahamón 1991: 97-98). Noch weitergehend scheint die Polizei von Cali unterwandert zu sein. Sie hat seit jeher versucht, die Köpfe des «Kartells» (die Gebrüder Rodríguez Orejuela) vor Ermittlungen zu bewahren. Erst kürzlich wurden deshalb ganze Einheiten wegen Infiltration durch das «Kartell» ausgewechselt.

Als bekanntester Beleg militärischer Verstrickung in den Drogenhandel gilt der Fall des Gebäudes Altos de Portal in Bogotá, in dem im Juli 1989 während einer militärischen Razzia zahlreiche Smaragdschmuggler im Auftrag des Drogenhändlers Rodríguez Gacha ermordet wurden. Die Befehlshaber der speziellen militärischen Eingreiftruppe, an die Gacha 200 Millionen US-Dollar bezahlt hatte, wurden von einem Militärgericht zu 14 und 20 Jahren Freiheitsstrafe verurteilt.²³ Die Unterstützung der «Kartelle» durch korrumpierte Sicherheitsorgane reicht von der Hilfe beim Drogentransport bis zur Warnung vor bevorstehenden Polizeieinsätzen.²⁴

Der DAS deckte in mehreren vertraulichen Berichten die «Allianz» zwischen Großgrundbesitzern, Drogenhändlern (unter anderem Pablo Escobar) und Mitgliedern der Armee mit paramilitärischen Gruppen und Killerbanden, insbesondere in der Region Magdalena Medio, auf. Danach diente etwa die Organisation ACDEGAM (*Asociación de Campesinos y Ganaderos del Magdalena Medio* = Vereinigung der

²³ Das ungewöhnlich strenge Urteil ist mit dem befürchteten Legitimitäts- und Reputationsverlust der Streitkräfte angesichts eines solch klaren Falles der Verwicklung in den Drogenhandel zu erklären (vgl. Krauthausen / Sarmiento 1991: 98).

²⁴ Auf Druck der US-DEA wurden deshalb 1989 im Zuge einer «Reinigung» der Sicherheitsorgane 867 Polizisten, 45 Offiziere und 60 Unteroffiziere der Polizei, 14 Offiziere und 169 Unteroffiziere der Armee und eine unbestimmte Anzahl von Soldaten vom Dienst suspendiert (APEP 1990: 190).

Bauern und Viehzüchter des Magdalena Medio) als «Fassade für gekaufte Mörder und Drogenhändler» und wurde von zahlreichen «staatlichen Autoritäten» unterstützt. Zu einer der bekanntesten dieser Gruppen, «Tod den Entführern» (*Muerte a los Secuestradores* = MAS), gehörten nach Angaben des damaligen *Procurador General* Alfonso Gómez 59 aktive Mitglieder der Sicherheitsorgane, darunter Mitglieder aller Geheimdienste,²⁵ was nach Ansicht der Internationalen Juristenkommission nur die «Spitze eines Eisbergs» darstelle.²⁶ Aufgabe dieser paramilitärischen Gruppen ist die Eliminierung «von Führern linksstehender Organisationen, von angeblich die Guerilla unterstützenden Bauern, von Gewerkschaftsaktivisten oder Verteidigern der Menschenrechte» (Camacho G. 1989: 191), womit ihnen eine entscheidende Rolle im sogenannten «schmutzigen Krieg»²⁷ zukommt.

2.4 Justiz

Der in einem bedeutenden Drogenverfahren ermittelnde Richter hat die Wahl zwischen Korruption oder Tod. Es regiert die sogenannte *ley de los dos metales: plata o plomo* («Gesetz der zwei Metalle: Silber oder Blei»). Zahlreiche Richter, die sich der Korruption widersetzen, wurden ermordet.²⁸ Bei der «Befreiung» des vom M-19 besetzten Justizpalasts am 6.-7. November 1985 wurden allein 14 Richter des Obersten Gerichtshofes getötet, von denen mindestens vier mit der Auslieferung großer Drogenhändler an die USA befaßt waren.²⁹ In einem Interview

²⁵ MAS wurde 1981 von den Ochoas («Cali-Kartell») wegen der Entführung von Marta Nieves Ochoa durch den M-19 gegründet und später auch vom «Medellín-Kartell» unterstützt. Mitglieder der Sicherheitsorgane kamen aus der F2 (polizeilicher Geheimdienst), B2 (militärischer Geheimdienst), dem DAS, der Luftwaffe und der Marine.

²⁶ Comisión Andina de Juristas / Comisión Internacional de Juristas 1990: 93. Der Bericht verweist z. B. auf ein vertrauliches Dokument des Verteidigungsministeriums vom Dezember 1987, wonach zur Vorbereitung der Ermordung des Präsidentschaftskandidaten der linksgerichteten *Unión Patriótica*, Jaime Pardo Leal, Telefongespräche eines bekannten Drogenhändlers mit der 13. Armeebrigade stattfanden (Comisión Andina de Juristas / Comisión Internacional de Juristas 1990: 99).

²⁷ Mit dem Begriff des «schmutzigen Krieges» wird die systematische Eliminierung jeglicher Opposition durch — in der Regel — staatliche Sicherheitsorgane unter grober Mißachtung der Menschenrechte und des Kriegsrechts bezeichnet.

²⁸ Unter anderem der die Ermordung von Justizminister Lara untersuchende Castro Gil, die gegen Lehder, Ochoa und Escobar ermittelnde Londoño de Rojas, der den Mord an Pardo Leal untersuchende Carlos Valencia. Seit 1980 wurden ca. 300 Richter und Justizangestellte ermordet, davon 53 von Drogenhändlern (Centre for the Independence of Judges and Lawyers / International Commission of Jurists 1990: 21).

²⁹ Die Hintergründe der Besetzung sind bis heute umstritten: Die Interpretationen reichen von einem taktischen Bündnis zwischen Drogenhandel und M-19 bis zu einem Bündnis zwischen Drogenhandel und Sicherheitsorganen. In jedem Fall ging es der Drogenmafia um die Vernichtung der im Justizpalast

mit dem Verfasser beklagte Edgar Saavedra Rojas, Richter am *Corte Suprema*, daß die Justiz völlig «schutzlos» sei:

[...] wenn die Drogenmafia die Mehrzahl der Richter noch nicht ermordet hat, dann nur deshalb, weil sie nicht gewollt hat; wollte sie, könnte sie die gesamte kolumbianische Justiz dem Erdboden gleichmachen.

Auch die der Justiz zuarbeitenden Organe — die 1991 gegründete *Fiscalía General de la Nación* (Generalstaatsanwaltschaft) und die *Procuraduría General de la Nación* — scheinen gegen eine Infiltration nicht gefeit zu sein. Dies zeigt jedenfalls der sogenannte *telefonazo*-Skandal des Jahres 1993. In diesem Fall wurde ein Telefongespräch des *subprocurador* Guillermo Villa Alzate mit Roberto Rodríguez Orejuela, dem Chef des «Cali-Kartells», vom 23. September 1993 aufgezeichnet, in dem Villa dem Drogenboß rechtlichen Rat anbot und von diesem Flugtickets erhalten sollte. Villa, der als *subprocurador* zur Führungsebene der *Procuraduría de la Nación* gehört, wurde sofort vom Dienst suspendiert, ein Strafverfahren gegen ihn wurde eingeleitet.

Die Bedrohung der Justiz sollte jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß ihr effizientes Funktionieren auch durch zahlreiche strukturelle Probleme erschwert oder verhindert wird. Sie reichen von technischen Unzulänglichkeiten (fehlende Büroausstattung, Personalmangel) bis zu inhaltlichen Defiziten (fehlende Richterausbildung) und politischen Beschränkungen (Zuständigkeitsverlagerung an Polizei und Militärjustiz).

2.5 Narcoguerrilla

Mitte der achtziger Jahre prägte der damalige US-Botschafter in Bogotá, Lewis Tambs, den Begriff der *narcoguerrilla*, um eine Zusammenarbeit von Drogenhändlern und Guerillabewegungen zu suggerieren. Solchen Anschuldigungen folgte bald die Frage, ob die kolumbianische Guerillagruppe *Fuerzas Armadas Revolucionarias de Colombia* («Bewaffnete Revolutionäre Streitkräfte Kolumbiens» — FARC) neben Medellín und Cali das «dritte Kartell» seien. In der gesamten Diskussion wurde niemals genau erklärt, was unter dem Begriff zu verstehen ist: eine strategische oder bloß taktische Allianz zwischen Drogenhandel und Guerilla?

befindlichen Auslieferungsakten und die Liquidierung der einer Auslieferung zuneigenden Richter (vgl. etwa Pearce 1990: 181-182, 194; Londoño 1990: 38).

Tatsache ist, daß einige kolumbianische Guerillagruppen in Zonen operierten, in denen Marihuana, Koka und (nun auch) Schlafmohn³⁰ angebaut werden und sich verstärkt Drogenhändler ansiedelten, etwa in den *departamentos* Boyacá, Meta, Cauca, Nariño (FARC) oder Córdoba, Urabá, Putumayo, Antioquia (FARC und auch die Volksbefreiungsarmee EPL). Es gilt ebenfalls als sicher, daß in den Anfängen dieser «Koexistenz» eine partielle Zusammenarbeit stattfand, wobei sich jedoch die Guerilla in erster Linie als Interessenvertreter der Kokabauern und niemals als strategisch-ideologische Verbündete der Drogenhändler betrachtete, wie es etwa die traditionellen Großgrundbesitzer taten; sie hat sich, im Gegenteil, zum schlimmsten Feind der von den Großgrundbesitzern und/oder Drogenhändlern gegründeten paramilitärischen Gruppen entwickelt, da diese sie und ihre soziale Basis, die Bauernschaft, existentiell bedrohen. Der Kokainkönig Pablo Escobar selbst meinte einmal in einem Interview auf die Frage nach einer Zusammenarbeit mit der Guerilla, fast indigniert:

[...] daß man mich angeblich als Sozius der Guerilla darstellt, das allerdings akzeptiere ich nicht, schließlich verletzt es mein persönliches Ehrgefühl [...] Ich bin ein Mann der Investitionen und deshalb kann ich nicht mit der Guerilla, die gegen das Eigentum kämpft, einverstanden sein (zitiert nach Reich 1989: 203).

Dem entspricht die Tatsache, daß die Ermordung zahlreicher linker Politiker durch Paramilitärs bzw. die Zusammenarbeit des Narcoparamilitarismus mit den Sicherheitskräften in vielen Regionen Kolumbiens den Bruch zwischen Guerilla und Drogenhandel bedeutete. Zudem hat die kolumbianische Guerilla zumindest indirekt die Kokasubstitutionspolitik im Süden des Departements Cauca und im Norden Nariños unterstützt, indem sie zum einen den Konsum von *basuco* bekämpft und zum anderen den Anbau von Grundnahrungsmitteln gefördert hat.

Allerdings dürfte es heute unbestritten sein, daß sich die kolumbianische Guerilla, insbesondere die FARC, über den Drogenhandel (insbesondere Heroin) und durch «Abgaben» oder «Schutzgelder» (*boleteo* oder *impuesto al gramaje*) finanziert, wobei genaue Zahlenangaben schwanken. Nach polizeilichen Informationen soll die Beteiligung der FARC an Mohn-/Opium-/Heroinhandel 15 Milliarden Dollar jährlich einbringen. Nach einem jüngeren Bericht des kolumbianischen Nachrichtenmagazins *Cambio 16* sind die Guerillaorganisationen reicher als das profitabelste Unterneh-

³⁰ Nach einer neueren Untersuchung der *Consejería Presidencial para la Paz* befinden sich Guerillagruppen in 123 der insgesamt 170 Gemeindebezirke, in denen Schlafmohn angebaut wird (nach *Latin America Regional Reports-Andean Group*, 3. September 1995, S. 2-3).

menskonglomerat des Landes, der *Fondo Nacional de Café*, und haben einen stündlichen (!) Zahlungsfluß von ca. 60 000 US-Dollar.³¹

3 Die staatliche Antwort

Eine Untersuchung des kolumbianischen Drogengesetzes, des *Estatuto Nacional de Estupefacientes* (ENE, «Gesetz 30» von 1986) ergibt, daß der Großteil der Vorschriften repressiver Art ist, d. h. dem Betäubungsmittelstrafrecht im weiteren Sinne angehört. Insgesamt beziehen sich 69,3 % der Vorschriften auf diesen Bereich, während sich nur 15,9 % auf Prävention und Substitution beziehen. Zusätzlich existieren zahlreiche Exekutivverordnungen, die zunächst unter dem Ausnahmezustand erlassen und dann zu ordentlicher Gesetzgebung transformiert wurden. Soweit sie die Bekämpfung des Drogenhandels zum Ziel haben, sind sie durchweg repressiver Natur (Ambos 1993: 166 ff.).

Strafrechtliche Expansion, Konturenlosigkeit des Rechtsguts, faktische Kriminalisierung des Konsums und die damit einhergehende oder daraus folgende Tendenz der Kriminalisierung und Verfolgung von Konsumenten und Kleindealern lassen das materielle kolumbianische Drogenrecht dem der westlichen Konsumentenländer sehr ähnlich erscheinen. Als Unterschied bleibt die teilweise zusätzliche Kriminalisierung der Primärproduzenten. Die Kriminalisierung des Konsums wurde im Mai 1994 vom *Corte Constitucional* für verfassungswidrig erklärt (Ambos 1995a).

Im prozessualen Recht geht es im Kern um erleichterte polizeiliche Verfolgung und gerichtliche Verurteilung. Besonders hervorzuheben sind die Einschränkung des *Habeas Corpus*-Rechts (Haftprüfung), die (ehemals) herausragende Bedeutung der Auslieferung in die USA, weitgehende Beschlagnahmenvorschriften und eine Sondergerichtsbarkeit mit «geheimen» Richtern und Staatsanwälten, die eine angemessene Verteidigung nahezu unmöglich macht.

Im Bereich Strafzumessung und Strafvollzug ist zum einen eine Tendenz zu drastischen Abschreckungsstrafen festzustellen. Zum anderen führt die restriktive Gewährung von Vollzugslockerungen und Strafaussetzungsmöglichkeiten (in Verbindung mit der schon festgestellten Ausdehnung der Zwangsmaßnahmen in Form von Freiheitseinschränkungen) zu einem hohen Anteil von wegen Betäubungsmittel-

³¹ Weiter soll — nach dem gleichen Bericht — alleine die FARC 1994 insgesamt 269 Billionen Pesos eingenommen haben, davon 140 Billionen aus dem Drogenhandel, 60 Billionen aus Entführungen, 25 Billionen als Schutzgelder, 14 Billionen aus Erpressungen und 10 Billionen aus Unterschlagungen. Der EPL soll gleichzeitig 191,4 Billionen verdient haben (vgl. *Latin America Regional Reports-Andean Group*, 7. September 1995, S. 6).

delikten Inhaftierten. Fehlende Präventionsprogramme und reger Drogenverkehr in den Haftanstalten werfen wiederum neue Konsumprobleme auf.

Zwar gibt es vielversprechende Programme «alternativer Entwicklung»³² — zu nennen ist hier insbesondere das von der Bundesrepublik finanzierte Projekt im Departement Cauca —, doch betreffen diese Projekte zum einen nur einen geringen Teil des Kokaanbaus und berühren damit den Handel nicht spürbar; zum anderen fließt der größte Teil der Finanzhilfe aus den USA und des nationalen Haushaltes in den Bereich der Drogenbekämpfung, d. h. in die Ausbildung und Ausstattung der Polizeien und zum Teil auch der Streitkräfte.

Der «Drogenkrieg» zieht zahlreiche repressive Polizeiaktionen nach sich, welche die Rechte der Zivilbevölkerung einschränken und auch häufig verletzen. Menschenrechtsverletzungen werden bei Großrazzien in den städtischen Slums oder bei militärischen Großoperationen in den überwiegend bäuerlichen Anbauzonen in Kauf genommen oder gar vorsätzlich begangen. Die damit teilweise einhergehende Verlagerung des «Drogenkrieges» zu einem «schmutzigen Krieg» gegen die politische Opposition erklärt sich zum einen aus den strategischen Prioritäten der Streitkräfte (und in geringerem Maß der US-Außenpolitik), die im Bereich der Aufstandsbekämpfung liegen; zum anderen aus der schon erwähnten engen Verquickung zwischen den kolumbianischen Sicherheitskräften und einigen Organisationen des Drogenhandels, die auf gemeinsamen wirtschaftlichen und strategischen Interessen beruht.

4 Wirksamkeit und Alternativen

Die bisherige Darstellung zeigt, daß die offizielle Politik formal hinter der von den USA geforderten «Kriegserklärung» an die «Drogenmafia» steht; ihre Verwirklichung wird jedoch durch die durch Korruption oder Drohung erreichten Abmachungen (*arreglos*) zwischen Staat und Drogenhandel, die das formale Strafrecht außer Kraft setzen, be- oder gar verhindert. Hinzu kommt, daß strafrechtliche Normen in vielen Fällen gar nicht mit dem Ziel effizienter Anwendung oder möglicher Anwendbarkeit erlassen werden, sondern eine bloße symbolische Funktion erfüllen.³³ Damit wird der gesellschaftlichen Forderung «etwas zu tun» — insbesondere nach Anschlägen des Drogenhandels — in Form eines hektischen

³² Damit ist der Versuch gemeint, den Kokaanbau durch alternative Wirtschaftsformen und Produkte legaler Art zurückzudrängen.

³³ So hat etwa García (1991: 30-31) nachgewiesen, daß zahlreiche der kolumbianischen Ausnahmevorschriften eher aus rhetorisch-symbolischen Gründen als um ihrer effektiven Anwendung willen erlassen wurden.

Aktionismus nachgegeben, ohne damit wirklich effiziente juristische Mechanismen zu dessen Bekämpfung zu schaffen.

Vor diesem Hintergrund verwundert die von der kriminologischen Forschung inzwischen nahezu übereinstimmend verlaubliche Ansicht, daß sich die internationale Prohibitionspolitik nicht nur als rechtstaatlich unverträglich, sondern auch als weitgehend unwirksam erwiesen hat, keineswegs. Der Gesamteinfluß von (polizeilicher) Drogenkontrolle und -repression auf den Koka-Kokain-Verarbeitungsprozeß in den südamerikanischen Anbauländern und auf die Organisation des regionalen Drogenhandels ist ähnlich gering wie der der Drogenzerstörung auf die Entwicklung der Gesamtanbauflächen. Zwar haben die international organisierten Substitutionsprojekte relative Erfolge vorzuweisen, doch beträgt der Zerstörungsanteil an der Gesamtkokaproduktion nur zwischen 2-4 %. Dies bedeutet, daß die für die Kokainherstellung notwendige Kokamenge von den Substitutionsbemühungen nicht im geringsten berührt wird. Die verfügbaren Zahlen zeigen denn auch, daß die Nettoanbauflächen mehr oder weniger konstant bleiben, also kein für den illegalen Handel spürbarer Rückgang eintritt.

Im repressiven Bereich mögen zwar die polizeilichen Aktivitäten (Festnahmen, Beschlagnahme, Zerstörung von Laboratorien) quantitativ beeindruckend, erweisen sich jedoch bei genauerer, qualitativer Betrachtung als wenig wirkungsvoll. Die Festnahmen betreffen in der Regel die aus der Unterschicht stammenden kleinen Zwischenhändler, Transporteure und Konsumenten, die beliebig ersetzbar sind, so daß die Organisations- und Vertriebsstrukturen des Handels vollkommen intakt bleiben. Die Verurteilungsrate liegt wegen des häufig nur geringen Tatverdachts bei unter 10 %. Teilweise Erfolge, etwa die Festnahme bzw. der Tod großer Bosse oder die Beschlagnahme größerer Drogenmengen, beruhen zum Teil auf Zufällen oder gezielten Zugeständnissen der «Kartelle». Zwar begann mit dem Fall Escobar eine systematische Strafverfolgung, die sich nun auch gegen das «Cali-Kartell» richtet; doch wird sich auch dies vor dem Hintergrund eines einerseits gleichbleibenden Kokainflusses in die USA und eines andererseits sich auf Europa ausdehnenden Handels, der auf scheinbar unerschöpfliche Reserven in den Anbau- und Verarbeitungsländern Südamerikas zurückgreifen kann, als Pyrrhussieg erweisen.

Die Auswirkungen des Todes Escobars auf den internationalen Drogenhandel sind, wie selbst von Interpol-Chef Raymond E. Kendall anerkannt (*FAZ-Magazin* vom 18. März 1994, S. 58-59), gleich Null. Der Markt war schon lange vor Escobars Tod aufgeteilt. Seit seiner Inhaftierung war er hauptsächlich damit beschäftigt, sein Leben und das seiner Familie — entscheidendes Druckmittel seiner Verfolger — zu retten sowie «alte Rechnungen» zu begleichen. Seinen Marktanteil hat schon Anfang der neunziger Jahre das «Cali-Kartell» übernommen. Es scheint viel für die These zu

sprechen, daß der Handel aus der Verfolgung und dem Tod Escobars gestärkt hervorgegangen ist. Zum einen konnten die anderen Organisationen während der Verfolgung Escobars ungestört ihren Geschäften nachgehen, zum anderen wurde ihnen durch den Staat der gefährlichste Konkurrent beseitigt. So verwundert es auch nicht, daß es Beweise gibt, daß das «Cali-Kartell» und die *pepes* an zahlreichen Operationen des *bloque* beteiligt waren, erstere vor allem deshalb, um mit dem Ende Escobars ihre wirtschaftliche Vormachtstellung endgültig zu besiegeln und auf dieser Grundlage ihre Selbststellung mit dem Staat auszuhandeln oder Nachfolgeorganisationen aufzubauen. Der Fall Escobar ist also letztlich nicht mehr als ein Sieg über eine bestimmte Form von Gewalt und im übrigen bloße Kosmetik. Auch die zunehmende Verfolgung und Inhaftierung der *capos* des «Cali-Kartells» hat keinen wesentlichen Einfluß auf den internationalen Handel. Die Lukrativität des Geschäfts hat im Valle schon für genügend Nachfolger gesorgt. Nach der Zerschlagung dieses Kartells ist eine Vielzahl von «Baby-Kartellen» im *narcotráfico* aktiv.

Eine neue Politik muß gerade auch aus Sicht Kolumbiens eine umfassende Entkriminalisierung, insbesondere des Kokaanbaus und -konsums, und die kontrollierte Legalisierung, also nicht-strafrechtliche Kontrolle, des Drogenkonsums zum Ziel haben.³⁴ Kolumbien ist das Hauptopfer einer internationalen Prohibitionspolitik, die in den Anbauländern besondere Formen der Gewalt erzeugt, gleichzeitig von diesen aber immer mehr staatliche Gegengewalt fordert, und somit für eine unauflösbare Gewaltspirale verantwortlich zeichnet. Der bekannte kolumbianische Leitartikler Caballero hat die Gefühle vieler Kolumbianer gegenüber dieser Art von «Drogenkrieg» getroffen, wenn er schreibt:

[...] dieser falsche Krieg [...] brachte überhaupt nichts: die Drogenhändler gehen reicher und mächtiger aus ihm hervor als je zuvor, und das Drogengeschäft hat sich nicht nur nicht verringert, sondern schwindelerregend gesteigert. Tausende von Toten, eine eingeschüchterte oder pervertierte Justiz, eine bestochene Armee und Polizei, eine korrumpierte politische Klasse [...] eine von oben nach unten verzerrte Wirtschaft [...] (*Semana* 534, 4. August 1992, S. 13).

Das Versagen der strafrechtlichen Kontrolle in Kolumbien (unter anderen Anbauländern) ist dabei in erster Linie auf die dort bestehenden sozioökonomischen Verhältnisse zurückzuführen. Deshalb muß eine neue Politik aus Sicht der Anbauländer insbesondere aus folgenden Elementen bestehen.³⁵

³⁴ Zur Legalisierungsdebatte in Kolumbien vgl. Ambos (1994a: 145-146).

³⁵ Vgl. näher Ambos (1994a: 146 ff.).

- Förderung einer integralen Entwicklung (*desarollo integral*), d. h. einer sozialen, wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Entwicklung der meist isolierten und verarmten Kokaanbaugebiete.
- Umfassende Entkriminalisierung der Kokaproduktion und des Konsums von Koka und seiner Verarbeitungsprodukte (also auch Kokain) sowie des Kleinhandels; internationale Vermarktung und Streichung der Koka aus der Liste der Betäubungsmittel der *Single Convention* der Vereinten Nationen von 1961.
- Orientierung der strafrechtlichen Drogenkontrolle an den sozioökonomischen Gegebenheiten des betreffenden Produzentenlandes statt — wie bislang üblich — an den Gesetzen der «entwickelten» Länder unter Vernachlässigung der nationalen Besonderheiten.

5 Literaturverzeichnis

- Ambos, Kai (1993): *Die Drogenkontrolle und ihre Probleme in Kolumbien, Peru und Bolivien: eine kriminologische Untersuchung aus Sicht der Anbauländer, unter besonderer Berücksichtigung der Drogengesetzgebung*, Freiburg im Breisgau: MPI (Kriminologische Forschungsberichte aus dem Max Planck Institut für ausländisches und internationales Strafrecht).
- Ambos, Kai (1994a): *Drogenkrieg in den Anden, Rahmenbedingungen und Wirksamkeit der Drogenpolitik in den Anbauländern mit Alternativen*, München: AG Spak.
- Ambos, Kai (1994b): «Acerca de los intentos de control de las drogas en Colombia, Perú y Bolivia», in: *Cuadernos de Política Criminal* 53 (Madrid), S. 629-667 (auch in: *Revista de la Facultad de Ciencias Jurídicas y Políticas* 98 [1996; Universidad Central de Venezuela, Caracas], S. 343-390).
- Ambos, Kai (1995a): «'Recht auf Rausch'? Anmerkungen zu den Entscheidungen des zweiten Senats des BVerfG vom 9. März 1994 und des kolumbianischen Verfassungsgerichts vom 5. Mai 1994», in: *Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform* 77/1, S. 47-54.
- Ambos, Kai (1995b): «Warum die internationale Drogenbekämpfung scheitert», in: *Internationale Politik und Gesellschaft* 1 (Friedrich-Ebert-Stiftung), S. 85-95.
- Ambos, Kai (1996): «Drogenbekämpfung in den Anden: von 'Kartellen', narco-guerilla, illegalen Märkten, Formen der staatlichen Intervention, mangelnder Wirksamkeit und (unerwünschten) Nebeneffekten», in: Labrousse, Alain / Wallon, Alain (Hrsg.): *Der Planet der Drogen: Analyse einer kriminellen Weltmacht*, Frankfurt am Main, S. 23-44.
- Americas Watch (1990): *The «Drug War» in Colombia: The Neglected Tragedy of Political Violence*, New York: Eigenverlag.

- Arango J., Mario (1988): *Impacto del narcotráfico en Antioquia*, Medellín.
- Asociación Peruana de estudios y investigación para la paz (APEP) (1990): *Cocaína: problemas y soluciones Andinos*, Lima: Eigenverlag.
- Bahamón D., Augusto (1991): *Mi guerra en Medellín*, Bogotá.
- Camacho G., Álvaro (1989): «Colombia: Violencia y 'Narcocultura'», in: García-Sayan, Diego (Hrsg.): *Coca, cocaína y narcotráfico: laberinto en los Andes*, Lima: Comisión Andina de Juristas, 1989, S. 191-205.
- Camacho G., Álvaro (1991): «Cinco tesis sobre narcotráfico y violencia en Colombia», in: *Revista Foro* 15 (September 1991; Bogotá), S. 65-73.
- Centre for the Independence of Judges and Lawyers / International Commission of Jurists (CIJL/ICJ) (1990): *Attacks on Justice, July 1989-June 1990*, Genf.
- Comisión Andina de Juristas (CAJ) (1988): *Colombia: el Derecho a la justicia*, Lima: Eigenverlag.
- Comisión Internacional de Juristas / Comisión Andina de Juristas (CIJ / CAJ) (1990): *Violencia en Colombia*, Lima: Eigenverlag.
- García V., Mauricio (1991): «Eficacia simbólica y narcotráfico en Colombia», in: Bagley, Bruce M. / Fergusson / García / Peralta / Tokatlian, Juan G.: *Las drogas bajo tres nuevos enfoques analíticos: de la narcodiplomacia y la simbología jurídica a la industria del placer*, Bogotá: Centro de Estudios Internacionales de la Universidad de los Andes, S. 18-39 (CEI-Documento Ocasional; 23).
- Giraldo I., Fabio (1990): «Narcotráfico y construcción», in: *Economía Colombiana* 226-227 (Februar-März), S. 38-49.
- Gómez, Hernando José (1990): «La economía ilegal en Colombia: tamaño, evolución, características e impacto económico», in: Tokatlian, Juan G. / Bagley, Bruce M. (Hrsg.): *Economía y política del narcotráfico*, Bogotá: CEI, S. 57-86.
- Gómez, Hernando José (1991): «El impacto del narcotráfico en el desarrollo de América Latina y el Caribe: aspectos económicos», in: CERID: *El impacto de capital financiero del narcotráfico*, La Paz: Centro para el estudio de las relaciones internacionales y el desarrollo, S. 269-296.
- Krauthausen, Ciro / Sarmiento, Luis F. (1991): *Cocaína & Co: un mercado ilegal por dentro*, Bogotá: Tercer Mundo.
- Krauthausen, Ciro (1994): «Poder y Mercado: el narcotráfico colombiano y la mafia italiana», in: *Nueva Sociedad* 130 (März-April; Caracas), S. 112-125.
- Londoño B., Hernando L. (1990): «La problemática de la droga en Colombia», in: *Nuevo Foro Penal* 47 (Januar-März), S. 7-44.
- Orozco, Iván (1990): «Los diálogos con el narcotráfico: historia de la transformación fallida de un delincuente común en un delincuente político», in: *Análisis Político* 11 (September-Dezember), S. 28-58.

- Pearce, Jenny (1990): *Colombia: Inside the Labyrinth*, London: Latin America Bureau.
- Reid, Michael (1989): «Una región amenazada por el narcotráfico», in: García Sayan, Diego (Hrsg.): *Coca, Cocaína y Narcotráfico: laberinto en los Andes*, Lima, S. 133-167.
- Saberschinsky, Hagen (1991): «Europa (West und Ost), Absatzmarkt des illegalen Rauschgifthandels», in: Bundeskriminalamt: *Organisierte Kriminalität in einem Europa der durchlässigen Grenzen (Arbeitstagung)*, Wiesbaden: BKA, S. 179 ff.
- Torres, Yolanda de G. / Murelle, Lenn (1987): *Estudio nacional sobre alcoholismo y consumo de sustancias que producen dependencia*, Medellín.
- UN Drug Control Programme (UNDCP) (1994): *1993 Annual Country Report Colombia*, Bogotá.
- Uprimny, Rodrigo (1994): «Die Organisation der kolumbianischen Drogenunternehmer», in: *Blätter des iz3w* 199 (Juli-August 1994), S. 24-25.
- US-Department of State-Bureau of International Narcotics Matters (BINM) (1991): *International Narcotics Control Strategy Report*, Washington, D. C.: BINM (März).
- US-Department of State-Bureau of International Narcotics Matters (BINM) (1994): *International Narcotics Control Strategy Report, Executive Summary*, Washington, D. C.: BINM (April).
- US-Department of State-Bureau of International Narcotics Matters (BINM) (1995): *International Narcotics Control Strategy Report, Executive Summary*, Washington, D. C.: BINM (März).
- Vahlens Großes Wirtschaftslexikon*, Band 2, München: Beck, 1987.



Abbildung 1: Kokainhandel und -smuggel aus Südamerika

Quelle: *Der Welt-Drogenbericht*, München: dtv, 1993, S. 218.



Abbildung 2: Kokaanbauggebiete in Kolumbien

Quelle: K'INTU 1 (April 1993), S. 11.